

Donnerstag (Vormittag), 29. März 2018

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

78 2017.RRGR.673 Motion 246-2017 SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen) Zukunft Gesundheit: Stärkung der ambulanten Behandlungsangebote in der Psychiatrie

Präsidentin. Wir kommen zum Traktandum 78. Es handelt sich um die Motion «Zukunft Gesundheit: Stärkung der ambulanten Behandlungsangebote in der Psychiatrie», eingereicht von der SP-JUSO-PSA-Fraktion und Grossrätin Striffeler. Die Regierung ist bereit, diese Motion als Postulat anzunehmen, und wenn ich es richtig gehört habe, ist die Motionärin bereit zu wandeln. Ich gebe Grossrätin Striffeler das Wort.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Sie ist bereit, zu wandeln, wollten Sie, Frau Präsidentin, wohl sagen. (*Heiterkeit*)

Präsidentin. Weil ich es nicht genau sehe und nicht sicher war, ob Sie genickt haben oder nicht. Aber Sie haben es jetzt gesagt.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Gut, ich habe es schon gesagt. Die Versorgungsplanung 2016 nennt ambulante Behandlungsangebote in der Psychiatrie als wichtiges Handlungsfeld zur Gewährleistung einer bedarfsgerechten Versorgung und einer Verstärkung der Kooperation zwischen den stationären Angeboten und den nachgelagerten Versorgungsstrukturen. Durch die Massnahmen beim Abbau im nichtstationären Bereich und die Einführung der neuen Tarifstruktur für die stationäre Psychiatrie (TARPSY) ab 2018 besteht die Gefahr, dass die Lücken in der bestehenden Behandlungskette in der Psychiatrie noch grösser werden.

Für psychisch kranke Menschen ist eine wohnortnahe, ambulante Nachbehandlung und Nachbetreuung äusserst wichtig. Nicht nur, weil sie dadurch kürzer oder weniger stationäre Behandlungen brauchen, sondern auch, weil befürchtet werden muss, dass sich betroffene Patienten zurückziehen und nicht mehr versorgt werden können. Gemäss der Motionsantwort will der Regierungsrat Leistungen einkaufen. Aber wo und wie will er diese Leistungen einkaufen? Die Leistungserbringer müssen eine Planungssicherheit von etwa drei Jahren haben, um diese Leistungen sicherstellen zu können. Wie will der Regierungsrat diese in der Peripherie sicherstellen? Schon heute gibt es in der Peripherie Psychiater, die keine zusätzlichen Patienten aufnehmen können, da sie überlastet sind. Ich bitte Sie, diese Motion zumindest als Postulat zu unterstützen.

Präsidentin. Das Wort haben die Fraktionen. Für die grüne Fraktion spricht Grossrätin Graf.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). Die nichtstationäre Psychiatrieversorgung ist auszubauen, sodass die Behandlungskette mit der Einführung von TARPSY gut funktionieren kann. Die Tageskliniken und Tagesstätten in den Regionen sollen ausgebaut werden, damit die Patientinnen und Patienten wohnortnah behandelt werden können. Wie die Motionärin schon gesagt hat: Die Einführung von TARPSY auf den 1. Januar 2018 muss wegen möglichen Fehlanreizen eng begleitet werden. Die grüne Fraktion hätte auch die Motion unterstützt.

Durch die Abbaumassnahmen in der nichtstationären Psychiatrieversorgung und die Einführung von TARPSY ist die Gefahr gross, dass die Lücken in der bestehenden Behandlungskette in der Psychiatrie noch grösser werden könnten. Die nichtstationäre psychiatrische Versorgung ist ein wichtiges Standbein in der medizinischen Grundversorgung im Kanton. Ambulant kommt vor stationär. Das hat in der Psychiatrie einen grossen Stellenwert. Verzögerte und ungenügende ambulante Versorgungen bergen das Risiko, dass kurz- wie auch langfristig höhere Kosten entstehen und es zu grösserem Leid kommt. Ambulante psychiatrische Angebote müssen sowohl bedarfsgerecht vorhanden als auch angemessen vergütet werden. Der Kanton finanziert ambulante und tagesklinische

Leistungen in der Psychiatrievorsorge mit den geltenden Sozialversicherungstarifen. Es ist wichtig, dass psychisch kranke Menschen wohnortnah betreut werden können.

Präsidentin. Da die Motionärin in ein Postulat gewandelt hat, frage ich noch einmal: Ist dies bestritten? – Das ist nicht der Fall. Daher würden wir die Diskussion hier beenden, und ich nehme diese Sprecherin von der Liste. Doch ich will niemandem vor einem Votum zu diesem Traktandum stehen. Aber weil die Motion gewandelt und nicht bestritten ist, können wir die Diskussion hier beenden. Je passe la parole au Conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg.

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. Cette motion demande à ce que les offres de soins pour la psychiatrie ambulatoire soient étendues, de manière à ce que la chaîne de soins et les interfaces entre le stationnaire et l'ambulatoire fonctionnent. Je tiens tout d'abord à relever que le canton finance déjà les prestations ambulatoires et de cliniques de jour voulues par la santé, il soutient en particulier les offres intermédiaires. À compter de 2019, le canton rétribuera de manière ciblée les prestations ambulatoires et de cliniques de jour par le biais du modèle de coûts normatifs. À cet égard, il tiendra explicitement compte de la place des offres dans la chaîne de traitement et veillera à améliorer l'interdisciplinarité des soins. Afin de couvrir les besoins des patients facilement et à proximité de leur lieu de domicile, les prestations seront à l'avenir acquises au niveau régional.

Präsidentin. Excusez-moi, Pierre Alain Schnegg. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiss, dass Sie mir am Schluss vorwerfen werden, ich sei hier vorne eine Lehrerin. Aber ich erachte es als Affront einem Regierungsrat gegenüber, wenn Sie sich hier verabschieden und bereits den Schluss dieser Legislaturperiode machen. Ich finde, Pierre Alain Schnegg hat auch heute Morgen das Recht, dass man ihm zuhört. Vielen Dank.

Pierre Alain Schnegg, Gesundheits- und Fürsorgedirektor. La prise en charge en clinique de jour peut être considérée comme relativement bien développée, les lacunes existantes seront à l'avenir comblées grâce à l'achat ciblé de prestations. Étant donné que le système de tarification TARPSY est une structure tarifaire nationale, la correction des éventuelles incitations négatives ne relève pas de la compétence du Conseil-exécutif. Cependant, nous entendons suivre l'évolution des prestations et échanger à ce sujet avec d'autres cantons. Comme vous pouvez le constater, beaucoup de nouvelles solutions ont été mises en œuvre de manière à répondre aux besoins de la population, mais dans le respect d'un équilibre et la volonté de ne pas générer de faux incitatifs ou de suroffres qui représentent, ne l'oublions pas, un des fléaux de notre système de santé. Sur cette base, le gouvernement vous invite à accepter cette motion sous la forme d'un postulat.

Präsidentin. Damit kommen wir zur Abstimmung zum Traktandum 78, «Zukunft Gesundheit: Stärkung der ambulanten Behandlungsangebote in der Psychiatrie». Die Motion ist in ein Postulat gewandelt worden. Wer diese Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja	79
Nein	25
Enthalten	2

Präsidentin. Sie haben dieses Postulat mit 79 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.